

kaum genutzt, bieten sich aber aufgrund der geographischen und meteorologischen Bedingungen im Südkaukasus zur Energiegewinnung an.

Um das Potenzial für Grüne Energie im Südkaukasus in den kommenden Jahren voll auszunutzen, sind eine verstärkte Kooperation zwischen den Nachbarländern mit den umliegenden Staaten sowie ein Ausbau der Energieinfrastruktur nötig. Denkbar sind grenzüberschreitende Projekte im Energiesektor⁷ sowie Tauschvereinbarungen für Elektrizität und fossile Rohstoffe. Aserbaidschan, Georgien und die Türkei bilden bereits heute eine energiepolitische Achse, und zwischen Georgien und der Türkei bestehen bilaterale Vereinba-

7 | Erfolgreiche Beispiele für regionale Zusammenarbeit im Südkaukasus sind die BTC und BTE Pipelines. Im Bereich der erneuerbaren Energien kooperieren sowohl Armenien als auch Aserbaidschan mit Iran bezüglich des Baus von Wasserkraftwerken in den Grenzregionen.

rungen im Bereich des Elektrizitätshandels. Die beiden Länder streben eine weiter reichende Kooperation im Energiesektor und einen Ausbau des grenzüberschreitenden Stromnetzes an. Eine Integration Armeniens in das regionale Netzwerk ist jedoch aufgrund der politischen Spannungen und fortbestehender Konflikte mit seinen Nachbarländern Aserbaidschan und der Türkei in nächster Zeit nicht zu erwarten.

Insgesamt könnte der Südkaukasus zukünftig nicht nur Transitkorridor für fossile Brennstoffe, sondern auch Handelsplatz für Grüne Energien sein, falls es der aserbaidschanischen, armenischen und georgischen Regierung gelingt, das Potenzial ihrer Länder für erneuerbare Energien weiter auszuschöpfen und Klimaschutz konsequent in der nationalen Gesetzgebung zu verankern. Ob jedoch der politische Wille besteht, Klimaschutz und erneuerbare Energien zu Prioritäten zu machen, bleibt abzuwarten.

TSCHECHISCHE REPUBLIK

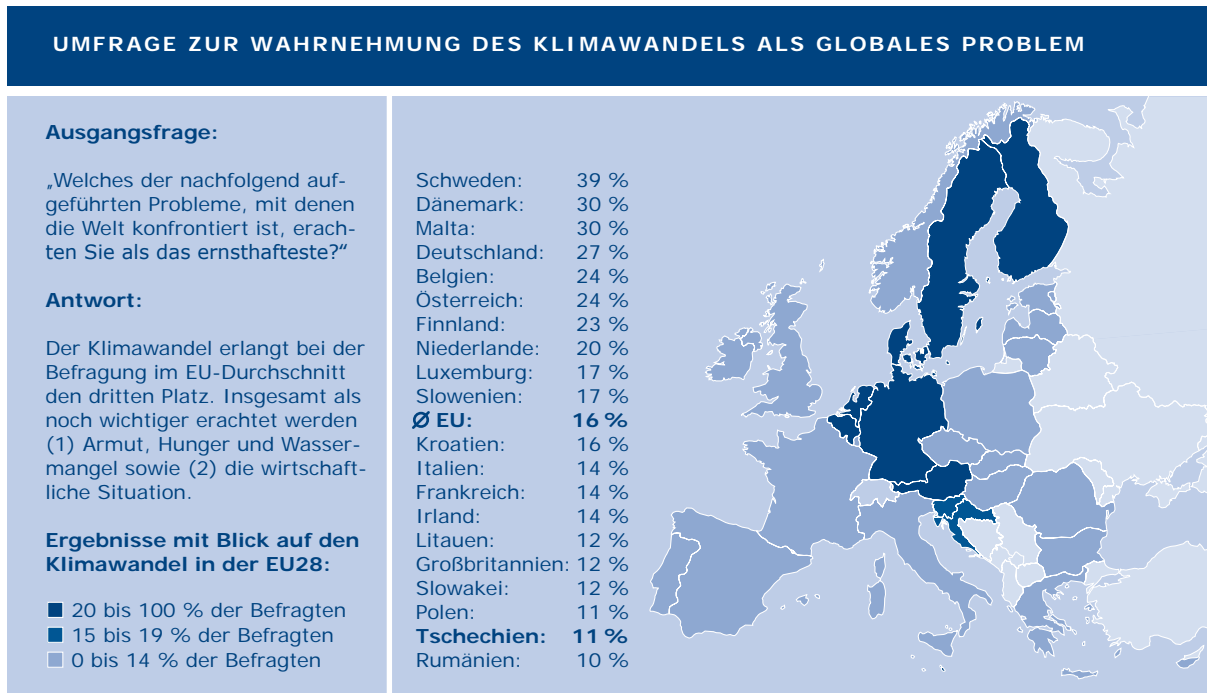
Werner Böhler | Alena Falathová

Regelmäßige Überflutungen, warme Winter und kalte Sommer oder häufige extreme Wetterlagen, die die Produktion der Agrarwirtschaft negativ beeinträchtigen. Diese Realität des alltäglichen Lebens sensibilisiert in Tschechien immer mehr Bürger für das Thema des Klimawandels. Allerdings wird die Dringlichkeit des Handelns zur Bekämpfung des Klimawandels nur von wenigen verinnerlicht und in persönliche Verhaltensänderungen projiziert.

Laut einer Eurobarometer-Umfrage zum Klimawandel¹ ist sogar der Anteil der Bürger, die den Klimawandel als eine bedeutende globale Bedrohung empfinden, zwischen 2011 und 2013 um fünf Prozent auf nur noch elf Prozent zurückgegangen. Am meisten sorgen sich die Tschechen hinsichtlich des globalen Klimawandels um die wirtschaftliche Situation (37 Prozent) und die Armut, den Hunger sowie den drohenden Mangel an Wasser (22 Prozent). Damit zählen die Tschechen zu den Ländern, die der Klimapolitik eher eine geringe Bedeutung beimessen.

Bemerkenswert ist, dass 56 Prozent der Tschechen die Unternehmer und die Wirtschaft als die verantwortlichen Akteure für die Bekämpfung des Klimawandels in der EU erachten. Erst an zweiter Stelle sehen sie die nationalen Regierungen in der Verantwortung, gefolgt von der Europäischen Union auf Platz drei. Im gesamteuropäischen Vergleich sind sich die Tschechen weniger der eigenen Verantwortung bewusst und übertragen die Verantwortung auf eher externe Akteure. Eine Bereitschaft, sich persönlich für den Klimaschutz einzusetzen, zeigt sich vor allem bei der Müllsortierung, dem Recycling sowie dem Einkauf von energieeffizienteren Haushaltsgeräten. Der mediale Diskurs um den Klimawandel ist in Tschechien nach wie vor auf Unterthemen des Klimawandels beschränkt. Im Vordergrund stehen die Naturkatastrophen, die Energiepolitik, die Reduktion von Treibhausgasen und die Klimainitiativen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen. Die Klimapolitik als ein Oberbegriff erscheint in Tschechien nicht auf den Titelseiten der Printmedien. Es gibt auch nur wenige Journalisten, die sich in der komplizierten Problematik des Klimawandels auskennen. Die geringe Medienberichterstattung ist eine der Ursachen, weshalb die Klimapolitik bei der breiten Bevölkerung nicht intensiver reflektiert wird.

1 | Europäische Kommission, *Special Eurobarometer 409*, „Climate Change“, 04/2014, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_409_en.pdf [28.07.2014].



Quelle: Eigene Darstellung nach Fn. 1.

Die Politik berücksichtigt den Klimawandel mit einer langsam ansteigenden Intensität. Alle Parlamentssparteien, mit Ausnahme der rechtspopulistischen Partei Úsvit, integrierten in ihre Wahlprogramme das Thema „Umwelt“, wobei meist in diesem Zusammenhang auch explizit der Klimawandel genannt wird. Die traditionellen Skeptiker im Hinblick auf die Klimapolitik, die Bürgerpartei (ODS) und der ehem. Präsident Václav Klaus, verlieren an politischer Bedeutung. Die neue tschechische Regierungskoalition aus Sozialdemokraten, der Bewegung ANO und der Christdemokratischen Partei, verpflichtete sich in der Regierungserklärung zu einer aktiven Umwelt- und Klimapolitik. Konkret will die Regierung bis 2016 eine Strategie der Anpassung der Wasserwirtschaft an den Klimawandel erarbeiten und eine aktive Rolle bei der Formulierung der Energie- und Klimapolitik der EU betreiben. Der Fokus soll dabei auf die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft gelegt werden. Im internationalen Bereich beabsichtigt die Regierung eine Fortschreibung des Kyoto-Protokolls und solche Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen, die vor allem zur Adaptation im Sinne der Anpassung führen.

Klimaschutz wird in der tschechischen Politik vor allem mit der Energiepolitik in Verbindung gebracht, wobei die Interessen der tschechischen Wirtschaft im Vordergrund stehen. Etwa ein Drittel des tschechischen BIPs erwirtschaftet die verarbeitende Industrie, weshalb Tschechien zu den EU-Mitgliedsländern mit einem hohen Anteil der Industrie an dem BIP zu zählen ist. Angesichts dieser Tatsache beinhaltet der

Koalitionsvertrag der Regierung zahlreiche Instrumente der Klimapolitik, die einen positiven Effekt für die tschechische Wirtschaft haben. Dazu zählen z. B. das neue Gesetz über die Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen oder die Novelle des Gesetzes zur Förderung der erneuerbaren Energien. Weiterhin will die Regierung die Energieeffizienz der Elektrogeräte schrittweise steigern und die Einsparung von Energie durch EU-Förderprogramme für die Wärmedämmung erweitern. Die tschechische Regierung bereitet eine Aktualisierung der staatlichen Energiekonzeption vor. Im Vordergrund steht dabei das Ziel der Diversifizierung der Energiequellen zur Verminderung der einseitigen Energieabhängigkeit. Die Atomenergie bildet einen bedeutenden Teil des Energiemixes. Es wird über eine Erweiterung des Atomkraftwerkes Temelín sowie über die Erneuerung des Atomkraftwerkes Dukovany diskutiert. Bislang scheiterten beide Projekte jedoch an der finanziellen Rentabilität, weshalb der staatliche Stromversorger CES die Garantie von Mindestabnahmepreisen durch den Staat zur Vorbedingung macht.

Im Hinblick auf die Energiepolitik wurde in Tschechien die deutsche Entscheidung zur Energiewende negativ bewertet und für das eigene Land abgelehnt. Als Folge der mit dem Nachbarstaat Tschechien nicht ausreichend kommunizierten massiven Förderung der erneuerbaren Energien durch die Bundesregierung kam es zu mehreren Überlastungen des tschechischen Energienetzes, da wegen der nicht ausreichenden Kapazitäten der Verbindung von Nord- und Süd-

deutschland die Energie über tschechische Stromtrassen umgeleitet wird. Die tschechische Regierung beabsichtigt deswegen, an der Grenze mit Deutschland Energietransformatoren zu bauen, um bei einer Gefahr des Blackouts die Energiezulieferung aus Deutschland unterbrechen zu können.



Das Pumpspeicherwerk Dlouhé Stráně ist mit einer Engpassleistung von 650 Megawatt das größte Pumpspeicherkraftwerk Tschechiens. Das Oberbecken liegt in 1.350 Metern Höhe.

Ein weiteres potenziell problematisches Thema der deutsch-tschechischen Beziehungen ist die Einführung der Kapazitätsmärkte. Als Reaktion auf die Energiekrise wird in Deutschland darüber diskutiert, dass der Staat den Stromkonzernen vorschreibt, wie viele Kraftwerke vorhanden sein müssen (bspw. Kohlekraftwerke) und zahlt dafür einen festen Betrag. Aufseiten der tschechischen Regierung besteht gegenüber einem solchen Garantiepriesssystem eine äußerst skeptische

Haltung, da sie eine Einschränkung der Flexibilität des Landes bei der Festlegung der Energiequellen direkt oder indirekt gegeben sieht. Vor diesem Hintergrund wird die Diskussion in Deutschland darüber sehr aufmerksam verfolgt.

Auf der europäischen Ebene vertritt Tschechien eine eher zurückhaltende Position. Bei den Verhandlungen über den Rahmen für Energie- und Klimapolitik bis 2030 bevorzugt Tschechien die Einführung eines gesamteuropäischen Ziels zur Reduktion der Treibhausgase in der Höhe von nur 35 Prozent. Bei den erneuerbaren Energiequellen unterstützt Tschechien eine Zielmarke von 24 Prozent. Tschechien steht der Festlegung eines gemeinsamen Zielwertes für die Energieeffizienz sehr skeptisch gegenüber. Die einzelnen Mitgliedstaaten sollen Garantien dafür erhalten, über die Mittel zur Erreichung dieses Zieles selbst entscheiden zu können. Weiterhin fordert Tschechien das Burden-sharing zwischen EU-ETS sowie nicht EU-ETS-Wirtschaftsbereichen, bei dem die Höhe des BIPs, die bisherige Intensität der Bemühungen der Mitgliedstaaten und der Anteil der Industrie am BIP berücksichtigt wird.

Insgesamt gehört die Tschechische Republik zu den Staaten, die den Klimaschutz und einen schrittweisen Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft befürworten. Es fehlt jedoch an ambitionierten politischen Initiativen und an der Umsetzung der bisher in Angriff genommenen Initiativen. Die Klimapolitik wird den Interessen der Wirtschaft und der Energiesicherheit des Landes untergeordnet. Ein aktiver Kampf gegen den Klimawandel steht im Schatten einer Adaptation auf den Klimawandel. Als ein Motor einer mehr ambitionierten Klimapolitik dienen vor allem die EU-Initiativen.

UNGARN

Frank Spengler | Mark Alexander Friedrich

UNGARN: UMWELTPOLITIK GEWINNT AN BEDEUTUNG

Der Klimawandel und dessen Folgen gehören nicht zu den vorrangigen Themen des öffentlichen Diskurses in Ungarn. Zwar ist das Thema Energie wichtig, doch sind für die Bevölkerung dabei primär der Strompreis und die Versorgungssicherheit bedeutend, nicht Fragen der Nachhaltigkeit. Nach der Wende war die

Lösung alltäglicher Probleme für Politik wie Gesellschaft wichtiger als der Umweltschutz. Entsprechend wurde das Thema Klimawandel erst spät aufgegriffen. Zudem wurde die Diskussion nicht von der Bürgergesellschaft, sondern verstärkt von der staatlichen Ebene initiiert. Auf politischer und medialer Ebene lag der Fokus in den vergangenen Jahren vermehrt auf der Frage, wie Ungarn sich von russischem Gas unabhängig machen und seine Energieversorgung diversifizieren könnte. Nichtsdestotrotz hat die Regierung sich auf internationaler Ebene im Klimaschutz enga-